

27. MAI



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 38  
Fernschreiber 0886890

P/XXIV/116 - 27. Mai 1959

Wir veröffentlichen in dieser Woche:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Wasch mir den Felz und mach mich nicht naß! Zum Regierungsentwurf eines Parteiengesetzes	92
3 - 4	Amerika konferiert Von unseren Korrespondenten in Lateinamerika, Max Diamant	97
5 - 6	<u>Das Minuten-Interview</u>  MdB Hans-Jürgen Wischniewski: Fremdenlegion mit NATO unvereinbar	58
7 - 8	Ereignis der Woche: Die freie Presse in Berlin Zur Berliner Tagung des Internationalen Presse-Institutes	71

\* \* \*  
\* \*

Wasch' mir den Pelz und mach' mich nicht naß!

sp - Der Regierungsentwurf eines Parteiengesetzes läßt sich mit einem Satz charakterisieren: Unfassend wird geregelt, was einer Regelung nicht bedürftig ist, zurückhaltend wird angefaßt, was eine gesetzliche Ordnung dringend benötigt. Die Regelung der vom Grundgesetz verlangten "inneren Ordnung" nach demokratischen Grundsätzen wird - so drückte es auch der Bundesinnenminister aus - sämtliche Parteien zu teilweise bedeutenden Satzungsänderungen zwingen. Im Dickicht der Parteifinanzen dagegen wird sich nichts ändern.

Im Artikel 21 des Grundgesetzes wird eine Rechenschaftspflicht über die "Herkunft" der Mittel verlangt, nicht über die bloße Höhe, wie es die Regierung vorschlägt. Da die sprachliche Bedeutung des Wortes "Herkunft" in keiner Weise undeutbar ist, behilft sich die Bundesregierung mit einer Konstruktion, die die Verfassungsmäßigkeit der Nennung der Namen von Spendern großer Beträge bezweifelt. Sie meint, eine solche Decouvrierung würde das Recht der freien Meinungsäußerung beeinträchtigen, weil dieses Recht auch einschließt, seine politische Meinung zu verschweigen. Nach Ansicht der Bundesregierung haben wir es also mit zwei einander im Widerspruch stehenden Verfassungsbestimmungen zu tun, von denen sie der einen (politisch bequemeren) den Vorzug gibt, was zu entscheiden aber nicht ihre, sondern ausschließlich Aufgabe des Verfassungsgerichtes sein könnte.

Die im politischen Leben mitwirkenden Staatsbürger werden diesem Gesetz zufolge in zwei Kategorien eingeteilt. Die einen, die als Mitglieder und Vertrauensleute mit ihrer Person für die Ziele ihrer Partei eintreten und werben, müssen zwangsläufig damit rechnen, von Übelwollenden Nachteiliges ob ihrer Parteimitgliedschaft zu riskieren. Die andere Kategorie hindoch, die sich nicht mit ihrer Person dem politischen Schlachtengetümmel aussetzt, sondern ihren Beitrag zur politischen Willensbildung durch die Übergabe von Schecks vollzieht, nimmt den Schutz des Grundgesetzes dafür in Anspruch, in ihrer politischen Überzeugung unerkannt zu bleiben. Wenn diese Konstruktion Gesetz werden sollte, dann darf man gespannt sein, wann die ersten 2.000 Wahlberechtigten, die bei einer Bundestagswahl einen neuen Wahlvorschlag unterschreiben müssen, zum Bundesverfassungsgericht laufen und die Verfassungsmäßigkeit dieser Vorschrift wegen Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes anfechten.

Man wird nicht fehlgehen in der Vermutung, daß erst diese Konstruktion die Verabschiedung des Parteiengesetzes im Kabinett ermöglichte. Die beiden Gesetzentwürfe aus der Zeit der Bundesinnenminister Heinemann und Lehr dagegen hatten vorgesehen, die Namen der Spender größerer Beträge von einer bestimmten Summe an zu veröffentlichen. Deshalb hatten sie auch nie das Kabinett passiert.

Dem Gesetzentwurf der Bundesregierung völlig unbekannt sind die Fördergesellschaften, die in Wirklichkeit Hintergrundparteien vor allem der CDU/CSU sind. Sind es doch sie, in deren Vorständen - so in dem der "Staatsbürgerlichen Vereinigung von 1954" - die Entscheidung fällt, ob die CDU/CSU mit der Hälfte oder gar mit zwei Dritteln der

aufgekommenen Spenden dotiert wird, was häufig zu recht heftigen Auseinandersetzungen mit den kleinen Parteien geführt hat. Nach Lage der Dinge sind die Fördergesellschaften als Holdinggesellschaften der Rechtsparteien mächtiger als die Schatzmeister der einzelnen Parteien. Da ihre einzige Aufgabe die Parteiensubventionierung ist, können diese Gesellschaften für sich nicht die Rechte von Vereinen und Verbänden mit politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Zielsetzung in Anspruch nehmen, die zu kontrollieren ein Parteiengesetz natürlich nicht das Recht gäbe.

Die Verfasser des Entwurfes aber verschließen ihre Augen durchaus nicht vor dem Problem der angegliederten Organisationen. Sie unterscheiden sorgfältig zwischen "Sonderorganisationen" und "Nebenorganisationen" einer Partei. Während erstere, worunter vor allem Wirtschaftsbetriebe verstanden werden, als Teile der Partei mit Rechenschaftspflichtig sind, gelten "Nebenorganisationen" nicht als Teile der Partei und das sogar dann, wenn sie den Zweck verfolgen, "die politischen Grundsätze der Partei zu verbreiten, Mitglieder an die Partei heranzuführen oder sie sonst zu unterstützen". Mehr noch, die Verflechtung mit der Partei darf sogar so eng sein, daß Beauftragte der "Nebenorganisation" Mitglieder des Bundesvorstandes der Partei kraft Amtes sein dürfen, ohne daß daraus eine Rechenschaftspflicht der Organisation konstituiert wird. Richtig stellt die Begründung des Gesetzentwurfes fest, daß sich die allgemeine Werbung einer Organisation außerhalb einer Partei, deren Forderungen sich mit den Zielen einer Partei decken, nicht erfassen läßt. Aber der Entwurf ermuntert Parteien geradezu, ihre Werbung "Werdet Mitglied der X-Partei" auf Nebenorganisationen zu übertragen, um die Kosten dafür aus dem Rechenschaftsbericht herauszuhalten. Es scheint, als wenn diese, in der Sprache des Entwurfes äußerst mangelhafte Definition von "Sonder"- und "Nebenorganisationen" eine der bewußt hineingebrachten Lücken war, die die Bedenken entkräften konnten, die im Kabinett gegen ein Parteiengesetz überhaupt bestanden.

Was an Klarheit über die Finanzen fehlt, wird bei der inneren Ordnung zuviel getan. Bis auf die Zustände in einigen Splitterparteien hat es in der Nachkriegszeit kaum Klagen über mangelnde demokratische Strukturen der politisch bestimmenden Parteien in der Bundesrepublik gegeben. Zumal die Aufstellung von Parlamentskandidaten seit langen durch die Wahlgesetze geregelt ist, muß man sich fragen, welcher innenpolitische Notstand hier eigentlich einer gesetzlichen Regelung bedarf.

Daß der Parteitag der CDU zum Beispiel künftig das Recht haben soll, im Gegensatz zu bisher die Mehrheit der Mitglieder des CDU-Bundesvorstandes zu wählen, darunter auch den Schatzmeister, ist sicher ein Fortschritt in Richtung demokratischer Parteaufbau. Ob es für solche und ähnliche Eigenarten der Parteien (die SPD wird ihr Statut am wenigsten ändern müssen) eines Gesetzes bedarf, ist zu bezweifeln.

+ + +

### Amerika konferiert

Von unserem Korrespondenten in Lateinamerika,  
Max Diamant

Seit einigen Monaten verstärkt sich der Eindruck, dass die politischen Spitzen der 21 amerikanischen Staaten neuerdings ständig am Konferieren sind. Staatsbesuche, regionale Besprechungen, spezielle Arbeitstagungen und interamerikanische Konferenzen lösen einander ab. Es ist eine zunehmende Welle politischer und diplomatischer Aktivität, die sowohl regional wie kontinental insgesamt die Neuregelung der Beziehungen zwischen den amerikanischen Ländern zum Thema hat. Expertentagungen und Konferenzen über Probleme des interamerikanischen gemeinsamen Marktes, der geplanten all-amerikanischen Finanzierungsbank, des Zahlungsausgleichs, der Ausfuhrquoten, der Rohstoffpreise, der interamerikanischen Sicherheit und der dringlich gewordenen Industrialisierung Lateinamerikas, jagen einander. Es gehört zum Bild, dass auch die Tagung des Sozialökonomischen Rats der Vereinigten Nationen, die jetzt durch Wochen hindurch in Mexico City stattfand, in erster Linie die sozialen und ökonomischen Probleme des lateinamerikanischen Kontinents behandelte.

#### Lateinamerikaner führen das Wort

Obwohl Lateinamerika - und dies gilt, regional gesehen, sowohl für Südamerika als auch für Mittelamerika - gegenüber dem ökonomischen und politischen Gewicht des amerikanischen Nordens stark im Rückstand ist, haben bei diesen Konferenzen und Besprechungen umgekehrt die lateinamerikanischen Vertreter in der Regel das führende Wort. Aber am wenigsten liegt das etwa an der überlegenen Redegewalt der Lateiner gegenüber den wortkargen Angelsachsen. Was sich heute in den interamerikanischen Beziehungen neu auswirkt, das ist vor allem der bedrückliche gesellschaftliche Druck, der lawinenartig über Grenzen und Kontinente hinweg seit einigen Jahren in allen Entwicklungsländern unserer modernen Welt ansteigt. Dass dieser gesellschaftliche Druck objektiv Gefahren in sich birgt, unter gegebenen Bedingungen explosive Tendenzen zu entwickeln, das gibt seinerseits den Sprechern der unterentwickelten und schwachen Länder heute diese eigenartige Überlegenheit am spezifischen Gewicht - in der Haltung und im Nachdruck.

#### Es geht um die zwischenstaatlichen Beziehungen

Sachlich und formal geht es bei dem interamerikanischen Gespräch darum, die verschiedensten Aspekte der sozialökonomischen Abhängigkeiten und der gemeinsamen Interessen abzuklären. Die zwischenstaatlichen Beziehungen der 21 amerikanischen Länder sind auch auf politischem und kulturellem Gebiete auf einen neuen Stand zu bringen. Das Bedeutsame und Positive an dieser Gesamtaussprache ist aber, dass sie unmöglich länger nach den Regeln der Geheimdiplomatie und hinter dem Rücken der Völker geführt werden kann. In dieser konstruktiven Kontroverse zwischen Lateinamerika und Nordamerika, in der die Wege zu einer möglichst schnellen Überwindung der lateinamerikanischen Rückständigkeit beraten werden, findet sich der Süden

erstmalig selbst wieder. Nach den Wirren vieler Jahrzehnte und der daraus historisch resultierenden politischen und geistigen Verwirrung, hilft heute diese öffentliche Konfrontierung den lateinamerikanischen Völkern, die eigene Situation und auch die bestimmenden Interessen und Motive des Nachbarn klarer und realer zu überschauen. Der Prozess, in dem durch die Aussprachen die eigene Position ins öffentliche Bewusstsein rückt, in dem aber auch durch das Ringen um Positionen eine ständige Überprüfung in der Auseinandersetzung selbst erzwungen wird, führt die lateinamerikanischen Länder immer mehr aus der früheren Isolation und geistigen Abgesondertheit heraus. Die eröffnete allamerikanische General-Debatte vergrössert so in Wirklichkeit das Verständnis für die gegenseitige Abhängigkeit. Sie verstärkt damit die Stimmung für die amerikanischen Gemeinsamkeiten - für die Solidarität untereinander und für ein solidarisches Auftreten nach aussen hin.

#### Konservative auf verlorenem Posten

Da in dem interamerikanischen Gespräch aus den verschiedensten Gründen das ideologische Argument und die ideologische Maskerade heute nur in geringem Masse mitwirkt, ist auch der Ursprung und der wirkliche Gehalt der verschiedenen Positionen klarer zu überschauen. Sowohl die Konservativen als auch die Dogmatiker und die schwärmerischen Wunschpolitiker, die hier auftreten, unterliegen in ihren Vorstellungen den überholten Begriffen einer nicht mehr existierenden statischen Welt. Die einen wollen die Statik aufrechterhalten und kämpfen auf verlorenem Posten. Die anderen gebärden sich äusserst progressiv und umstürzlerisch - und wollen doch nur einen neuen, wenn auch einen anderen definitiven Status errichtet sehen. Auf amerikanischem Boden ist die eine Tendenz durch die Truhillos, Samozas, Batistas und Stoessners repräsentiert, die andere Richtung durch die verschiedenen Lombardo Toledanos. Unter den Sprechern der USA haben nur die direkten Sachwalter der grossen materiellen Interessen eine sichere Orientierung: und diese ist fast ausschliesslich und engstens auf die marktmässigen Belange ausgerichtet. Die berufsmässigen politischen Sprecher Nordamerikas dagegen tasten sich auch hier empirisch weiter.

#### Vielversprechende Erscheinungen

Im Unrecht sind diejenigen, die meinen, diese Konferenzen dienten durch ihre Öffentlichkeit nur als Forum für eine gewisse Rhetorik. Tatsächlich sind aber die Konferenzen der Ausdruck einer gesellschaftlichen Notwendigkeit. Es ist das die Form der Auseinandersetzung zwischen Staaten, die einander unmöglich ignorieren können und die Umgangssprache zwischen Regierungen, von denen keine länger einer anderen befehlen oder diktieren kann. Verschiedentlich hört man die ironische Meinung, jede Konferenz ende bestimmt damit, dass eine neue Konferenz als notwendig erscheint. Doch ist die Ironie gegenstandslos, da dem Zwang zur Aussprache und zum Verhandeln die verantwortlichen politischen Kräfte sich keinesfalls entziehen können. In einer Welt so grossen Widersprüche und gegensätzlicher Interessen, wie sie von dem Konglomerat unterentwickelter, halbentwickelter und hochentwickelter amerikanischer Länder gebildet wird, sind die einzelnen Konferenzen notwendigerweise nur unzulängliche Versuche und bestenfalls nur zögernde Schritte auf dem Wege gemeinsamer Bemühungen um neue Lösungen. So gesehen ist die grosse interamerikanische Aktivität der letzten Zeit eine positive und vielversprechende Erscheinung der weiteren Entwicklung dieses Erdteils.

Das Minuten-Interview:

MdB Hans-Jürgen Wischniewski:

Fremdenlegion mit NATO unvereinbar

SPD-Pressedienst: Im belgischen Parlament hat es kürzlich eine erregte Debatte über die französische Fremdenlegion gegeben. Der belgische Außenminister hat es als untragbar bezeichnet, dass Frankreich sich bei seinem NATO-Partner Belgien Leute im wehrpflichtigen und nicht wehrpflichtigen Alter für die Fremdenlegion hole. Wie ist es hier bei uns, Herr Abgeordneter, gibt es noch eine Werbetätigkeit für die Fremdenlegion in der Bundesrepublik?

MdB Wischniewski: Dieses Problem ist für die Bundesrepublik noch entscheidender als für Belgien. 70 Prozent der Legionsangehörigen kommen nämlich aus der Bundesrepublik und man muss leider damit rechnen, dass Woche für Woche noch nahezu 100 junge Menschen in die Legion gehen. Über eine konkrete Werbung ist im Augenblick nichts bekannt, jedoch ist es schwer anzunehmen, dass diese jungen Menschen in jedem Fall völlig aus eigener Entscheidung gehen.

SPD-Pressedienst: Ist die Bundesregierung bei der französischen Regierung vorstellig geworden, wenigstens jene jungen Menschen aus der Legion zu entlassen, die noch nicht 21 Jahre alt sind? Die Anwerbung Minderjähriger hat besonders die Geister in Belgien erhitzt.

MdB Wischniewski: Der Deutsche Bundestag hat einstimmig den sozialdemokratischen Antrag angenommen, der die Bundesregierung verpflichtet, mit der französischen Regierung Verhandlungen aufzunehmen, um die Aufnahme Minderjähriger in die Legion für die Zukunft zu verhindern. Solche Verhandlungen sind in der Zwischenzeit von der Bundesregierung in Paris geführt worden, ein Ergebnis liegt bedauerlicherweise noch nicht vor.

SPD-Pressedienst: Herr Abgeordneter, von bestimmter französischer Seite wird behauptet, die Legion kämpfe für NATO-Interessen.

MdB Wischniewski: Es ist uns leider bekannt geworden, dass man sehr unlautere Methoden anwendet, um die Legionäre von der Desertation abzuhalten. So wird von französischen Offizieren in der Legion behauptet, die Legion sei nun ein Teil der NATO, wer desertiere und in die Bundesrepublik vorzeitig zurückkehre, würde von deutschen Dienst-

27. Mai 1959

stellen unmittelbar wieder zurückgeschickt. Man kann zur NATO stehen wie man will, Legion und NATO sind auf alle Fälle Widersprüche. Im übrigen darf der Unabhängigkeitskampf der Algerier niemals mit der NATO in Verbindung gebracht werden.

SPD-Pressedienst: Herr Abgeordneter, sehen Sie irgendwelche Möglichkeiten, verirrte und manchmal auch verzweifelte junge Menschen vor einem Los zu bewahren, das sie dann in den Sandwüsten Nordafrikas bitter bereuen müssen?

MdB Wischniewski: Ich darf zunächst einmal sagen, dass leider für einen positiven Ausgang dieser deutsch-französischen Verhandlungen wenig Aussicht besteht, da die Legionäre im algerischen Krieg für Frankreich der entscheidende militärische Faktor sind. Schon deshalb ergibt sich die Notwendigkeit, hier in der Bundesrepublik selbst alles zu unternehmen, um den Zugang zur Legion zu verhindern. Die Jungsozialisten in der SPD haben jetzt zu dieser Frage Stellung genommen und schlagen allen Organisationen im Bundesjugendring und im Ring politischer Jugend eine gemeinsame Aktion gegen die Legion in der Bundesrepublik vor. Den jungen Menschen muss das wahre, leider sehr grausame Gesicht der Legion gezeigt werden. Mit Romantik hat die Fremdenlegion nämlich nichts zu tun.

Wir hoffen, dass alle Jugendorganisationen bereit sein werden, sich an dieser Aktion zu beteiligen. Dabei wird es darauf ankommen, besondere Wirksamkeit in den Flüchtlingslagern zu entwickeln. Klarheit muss auch darüber bestehen, dass nur ein sehr kleiner Prozentsatz der Legionäre wegen krimineller Delikte zur Legion geht. Der weitaus grösste Teil geht aus Abenteuerlust, aber auch aus Verzweiflung.

+ + +

"Die von Aussenminister Wigny in Aussicht gestellte Verständigungsbereitschaft des grossen Nachbarlandes darf sich nicht in den alten Versicherungen über die französisch-belgische Freundschaft erschöpfen und diese Freundschaft darf Paris nicht veranlassen, Belgien als eine Art eigene Provinz zu behandeln. Falls Frankreich nicht selbst energisch gegen die derzeitigen unerfreulichen Werbemethoden der Fremdenlegion einschreitet, bleibt Belgien keine andere Wahl, als die Angelegenheit vor den Internationalen Gerichtshof in Haag oder vor den Atlantikrat zu bringen."

"Libre Belgique"

+ + +

### Ereignis der Woche: Die freie Presse in Berlin

H.G.S. Jedermann weiss heute, was das freie Wort in der Presse gilt - und woran es fehlt, wenn das Wort nicht mehr frei geführt werden darf, sondern Zeitungen eine einzelne Meinung schreiben müssen, oder nur "Regierungsorgane" in einem Land bestehen. "Das Kriterium der freien Presse", sagte Mister Gordon Young vom Internationalen Presse-Institut in Zürich, "ist, dass es in dem betreffenden Lande auch eine freie Oppositionspresse geben kann."

Das IPI, das 1951 als Privatzusammenschluss entstand, und dem heute über 900 Chefredakteure und Redakteure von 500 Zeitungen aus 38 Nationen angehören, hat sich als erstes Ziel gesetzt, die Freiheit der Presse zu erhalten.

Alljährlich führt es eine weltweite Tagung durch. Bisher waren u.a. Paris, London, Wien, Kopenhagen, Zürich, Amsterdam und im letzten Jahre Washington die Tagungsorte der Vollversammlung. Damals beschloss man, 1959 in West-Berlin zu tagen und kam auch nach West-Berlin, obwohl inzwischen Chruschtschow seine gefährliche Drohung gegen die Stadt ausgesprochen hatte. Man kam - und es wurde ein Besucherrekord gegenüber den Vorjahren. 235 Redakteure aus 26 Nationen kamen nach West-Berlin; nur einige Redakteure aus Ceylon waren durch lokale Krisen am Erscheinen verhindert. Die Berliner Kongresshalle, 800 Meter von der Grenze zur unfreien Presse jenseits des Brandenburger Tores, wurde Tagungsort. Hier ringt man drei Tage lang um die Probleme der Freiheit des Wortes in allen Kontinenten. Hier spricht man über "Fernsehen und Presse" und über die "redaktionellen Zeitungsplanungen". Die Interviewer schwirrten herum, die Rundfunk- und Fernsehstationen machten ihre Reportagen, Journalisten gingen mit sich selbst hart ins Zeug.

Die stärksten Pressedelegationen stellten die USA, Österreich und die Bundesrepublik. Über die Arbeit des Institutes in Zürich, das international besetzt ist, berichteten Dr. Urs Schwarz, Vorsitzender des Exekutiv-Komitees und Direktor E.J.B. Rose, die von bedeutsamen Erfolgen der Institutsarbeit sprechen konnten. Besonders wurde die Lage der Presse in den unfreien Ländern erforscht, aber auch vor allem notwendige Proteste gegen die Einengung der Freiheit oder Verhaftung und Drangsalierung von Journalisten in den sogenannten freien Ländern ausgesprochen.

Für die Zeitungen West-Berlins gab Chefredakteur Arno Scholz ("Telegraf") einen sehr aufschlussreichen Bericht über die Presse. 8 -



27. Mai 1959

der Westsektoren. Für die Bundesrepublik sprach Helmut Crohn ("Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung", Stuttgart) über die geplanten Meinungseinengungen, die Selbstkontrolle und viel zitierte "Lex Soraya".

Weitere verdienstvolle Referate waren die von Oskar Pollak ("Arbeiterzeitung", Wien) sowie von Journalisten aus Südafrika, Ceylon, Indonesien, Dänemark, USA, Japan, England, Holland und anderen Nationen. Besonders beeindruckte der Appell eines polnischen Journalisten aus den USA, der seiner Hoffnung Ausdruck gab, dass seine heimatliche Presse eines Tages wieder ganz frei sein werde, und auch das Referat eines indonesischen Journalisten, der treffende Beispiele aus dem Kampf der freien Presse in dieser Gegend der Erde gab.

Das Institut in Zürich, das auch Journalisten innerhalb der einzelnen Länder austauscht, das Seminare zur Berufsförderung durchführt, das regionale Presseschwierigkeiten abbaut, will den weltweiten Nachrichtenaustausch fördern. Es wendet seine Aufmerksamkeit nicht nur Europa zu, sondern auch dem Nahen und Fernen Osten. So sah man viele Journalisten aus Indien, Pakistan und auch aus Israel.

Besondere Beachtung erhielt die Ansprache des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, der sich an die Gäste und seine Kollegen von der Presse wandte. Er betonte, dass die "Flamme der Erkenntnis, des Geistes und der Freiheit der Presse besonders zu wahren ist." Die Weltpresse könne sich in diesen Tagen davon überzeugen, dass Berlin frei bleiben müsse, wenn es noch ein Vertrauen in die freie Welt geben soll. Die Sehnsucht aller Völker sei es, von der Last der Rüstung frei zu werden und Frieden zu haben. Berlin vertraue darauf, dass aus der Bereitschaft der Völker, für Wahrheit, Freiheit und Menschlichkeit zusammenzustehen, immer wieder neue Kräfte entwickelt werden würden, die auch bereit seien, für ihre Ideale Opfer zu bringen.

So hat diese Tagung der Weltpresse in Berlin gezeigt, dass die Weltmacht Presse, die stets an den aktuellsten und schwierigsten Fronten der Meinungsbildung und Nachrichtengabe steht, die die "heissen Eisen" mutig anfassen muss, ein lebendiger Puls im Strome unserer zivilisierten Welt ist. Wer die Freiheit der Presse antastet, tastet die Freiheit des Menschen an und entwürdigt ihn, wie es im Nazi-Regime geschah und wie es in autoritären Staaten immer wieder zu beobachten ist.

+ + +

-----  
Verantwortlich: i. V. Albert Exler